

AMT ACHTERWEHR
Finanz- u. Bauausschuss

Protokoll

über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Bauausschusses des Amtes
Achterwehr

am Montag, dem 29. Mai 2017,
um 17.00 Uhr,
in der Amtsverwaltung Achterwehr

Beginn: 17.00 Uhr
Ende: 18.45 Uhr

Anwesend:

a) stimmberechtigt:

Herr Rolf-Dieter Carstensen	Vorsitzender
Frau Sabine Sager	
Herr Dr. Bartelt Brouer	
Herr Rolf Sebelin	

b) nicht stimmberechtigt:

Amtsleiter Joachim Brand	
Thorsten Schwanebeck	Mitglied im Amtsausschuss
Marko Schiefelbein	Mitglied im Amtsausschuss
Klaus Langer	Mitglied im Amtsausschuss
Frank Stephan	Mitglied im Amtsausschuss
Jochen Simon	Stv. Mitglied im Amtsausschuss
Andreas Kock	Amt Achterwehr
Kämmerer Marco Carstensen	Protokollführer
Jan-Heiko Münster	Mitglied im Personalrat der Amtsverwaltung

d.) es fehlte entschuldigt:

Bernd-Uwe Kracht

c.) Besucher

Rainer Brüggemann (Bredenbek)
Torsten Müller (KN)

Die Mitglieder waren durch Einladung vom 18.05.2017 auf Montag, den 29.05.2017 zu 17.00 Uhr unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden. Tag, Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben worden.

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Rolf-Dieter Carstensen als Vorsitzender begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest. Der Finanz- und Bauausschuss ist nach der Zahl der anwesenden Ausschussmitglieder beschlussfähig.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohner/Innen fragen
3. Protokoll der Sitzung des Finanz- und Bauausschussesitzung vom 01.03.2017
4. Unterstützung Flüchtlingsinitiativen 2017
5. Machbarkeitsstudie zum Breitbandausbau im Amtsbereich
6. Erneuerung/Umstellung der Telefonanlage der Amtsverwaltung
7. Relaunch der Webseite des Amtes Achterwehr
8. 1. Nachtragshaushalt 2017
9. Bau einer zusätzlichen Schmutzwasserdruckrohrleitung von Bredenbek nach Flemhude
10. Entwicklung Verwaltungsgebäude/Archiv – Sachstandsbericht
11. Grundstücksangelegenheiten
12. Verschiedenes

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Herr Carstensen darauf hin, dass der Top 11 „Grundstücksangelegenheiten“ entsprechend der Einladung in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden soll und lässt hierüber abstimmen.

Die Mitglieder des Ausschusses beschließen einstimmig die Behandlung dieses Tops in nichtöffentlicher Sitzung.

Top 2 Einwohner/Innen fragen

Herr Brüggemann aus Bredenbek bittet um Beantwortung nachstehender Fragen im Zusammenhang mit dem geplanten Neubau einer Amtsverwaltung:

- Ist bei der Standortwahl auch die Erreichbarkeit für ältere Personen sowie Personen, die kein eigenes Auto haben, berücksichtigt worden?
Hierzu weist Herr Carstensen als Vorsitzender zunächst darauf hin, dass die Beschlussfassung im Amtsausschuss bislang noch nicht abschließend sei und insofern auch noch andere Standorte in Frage kommen können. Hinsichtlich der verkehrlichen Erreichbarkeit verfügt auch die Gemeinde Felde über einen Bahnhaltepunkt auf der Strecke Rendsburg-Kiel und ist in das ÖPNV-System im Linienbusverkehr eingebunden.
- Wurde als Standortalternative auch das Interkommunale Gewerbegebiet Klein-Nordsee geprüft?
Diesbezüglich verweist der Vorsitzende auf die bisherigen Beratungen zu diesem Thema und den Umstand, dass insbesondere von der Gemeinde Felde mehrere Standortvorschläge unterbreitet wurden, zu denen auch das IKG Klein-Nordsee gehört.
- Nach der Zeitungsberichterstattung soll bei einem Umzug der Amtsverwaltung auch die Polizeistation mitziehen. Wurden etwaige Nachteile hinsichtlich der Einsatzbereitschaft für die Polizei durch einen solchen Wechsel geprüft?

Herr AD Brand erläutert zu dieser Frage, dass grundsätzlich aus Verwaltungssicht wünschenswert sei und daher angestrebt wird, dass die Polizeistation auch weiterhin gemeinsam mit der Verwaltung untergebracht ist. Entsprechende Vorgespräche haben bislang jedoch lediglich mit den Polizeikollegen vor Ort stattgefunden, da ein formelles Herantreten an die Polizeidirektion bzw. das Innenministerium hierzu erst dann sinnvoll erscheint, wenn auch über einen konkreten Standort gesprochen werden kann. Die fachliche Beurteilung, inwieweit eine Standortverlegung für die Einsatzbereitschaft der Polizei Vor- oder Nachteile haben kann, obliegt dann aber den Polizeibehörden.

- Aus der Gemeinde Ottendorf wurde Herrn Brüggemann zugetragen, dass bei einem Standortwechsel nach Felde über einen Austritt aus dem Amt nachgedacht wird. Wurden diese Möglichkeiten bzw. Risiken bedacht?

Zunächst weist Herr AD darauf hin, dass schon allein aufgrund der kommunalrechtlichen Vorschriften zu gegebener Zeit auch eine formelle Beteiligung aller amtsangehörigen Gemeinden zu einer möglichen Verlegung der Amtsverwaltung erfolgen muss, da diese Sitzverlegung durch das Innenministerium nach einem entsprechenden Anhörungsverfahren entschieden wird. Sobald sich ein möglicher Standort entsprechend konkretisiert, wird seitens der Verwaltung Kontakt mit dem Innenministerium aufgenommen, um das entsprechende Verfahren zu erörtern und abzustimmen.

Frau Sager ergänzt hierzu, dass bei der abschließenden Entscheidung über den Standort die Vor- und Nachteile für alle Gemeinden gewertet werden und auch die gemeindlichen Gremien diesen für sich werten müssen..

- Wurden bei den Überlegungen zum Standort im Ortszentrum Felde etwaige negative Auswirkungen auf den Edeka-Markt in Bredenbek berücksichtigt?

Der Vorsitzende, Herr Carstensen, erläutert hierzu, dass es nicht die Aufgabe der Amtsgremien sei, das Konsumverhalten der Einwohnerinnen und Einwohner zu steuern, sondern primär einen möglichst, unter Berücksichtigung einer Vielzahl von Aspekten, optimalen Standort zu finden. Inwieweit das Konsumverhalten durch das Vorhandensein der Amtsverwaltung überhaupt beeinflusst werden würde, dürfte wohl eher überschaubar sein, da die überwiegende Anzahl von Einwohnerinnen und Einwohner ja deutlich regelmäßiger zum Einkaufen als zur Verwaltung fahren.

- Wird bei den Überlegungen zur Neuanschaffung einer Telefonanlage für die Amtsverwaltung der geplante Neubau mit einbezogen?

Diesbezüglich erklärt Herr Carstensen, dass dies selbstverständlich der Fall sein wird.

Nachdem keine weiteren Fragen gestellt werden, beendet der Vorsitzende diesen Tagesordnungspunkt.

Top 3 Protokoll der Sitzung des Finanz- und Bauausschusses vom 01.03.2017

Zu dem vorliegenden Protokoll der Sitzung des Finanz- u. Bauausschusses vom 01.03.2017 werden von den Mitgliedern des Finanz- und Bauausschusses keine Einwände erhoben; das Protokoll gilt damit als festgestellt.

Top 4 Unterstützung der Flüchtlingsinitiativen 2017

Der Ausschussvorsitzende erläutert zunächst einleitend, dass im vergangenen Jahr zur Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements der Flüchtlingsinitiativen insgesamt 10.000 Euro bereitgestellt wurden und die auch fast vollständig nach bestimmten Kriterien ausgezahlt wurden. Zwischenzeitlich liegen nunmehr neuerliche Anforderungen aus dem Kreis der Initiativen vor, so dass über die Verteilung der im Haushalt bereitgestellten Mittel zu befinden ist.

Herr AD Brand trägt ergänzend vor, dass seitens der Flüchtlingsinitiative Jägerslust eine Abrechnung für das erste Quartal 2017 sowie Prognose für das restliche Jahr über insgesamt 9.400,- Euro eingereicht wurden. Von der Initiative in Strohbrück wurden bisher für das Jahr 2017 insgesamt Mittel in Höhe von 3.100,- Euro angemeldet, womit die derzeit im Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel bereits überschritten wären.

Abschließend bitte Herr AD Brand auf Anregung des Flüchtlingskoordinators, Herrn Deisemann, und mit Blick auf die Beratung zum Nachtragshaushalt unter Top 8 um die Bereitstellung von zusätzlichen HH-Mitteln, um als kleine Anerkennung des enormen ehrenamtlichen Engagements der Flüchtlingshelfer im gesamten Amtsgebiet für diese einen kleinen Grillabend durchzuführen; als Termin ist hierfür Mittwoch, der 05.07.2017 anvisiert. Nach Vorstellung der Verwaltung dürfte hier insgesamt ein Betrag von 500 Euro auskömmlich sein.

Nach kurzer Erörterung besteht grundsätzlich Einigkeit darüber, dass über eine etwaige Aufstockung der derzeit im Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel erst nach der Sommerpause auf Basis der dann gewonnenen Erfahrungswerte aus dem ersten Halbjahr entscheiden werden sollte.

Beschluss:

Der Finanz- und Bauausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss, die Verwaltung dahingehend zu ermächtigen, den Flüchtlingsinitiativen entsprechend der bisherigen Kriterien und im Rahmen der derzeit im Haushalt bereitgestellten Mittel auch weiterhin auf Antrag die angefallenen Kosten zu erstatten. Ferner sollen für die Durchführung einer Grillabends für die Flüchtlingsinitiativen im Rahmen des Nachtragshaushaltes zusätzliche Mittel in Höhe von 500 Euro eingestellt werden.

StV.: einstimmig

Top 5 Machbarkeitsstudie zum Breitbandausbau im Amtsbereich

Hierzu erläutert Herr AD Brand auf Bitte des Vorsitzenden, dass das Bewilligungsverfahren zu den beantragten Mitteln zur Förderung einer Machbarkeitsstudie zum Breitbandausbau im Amtsgebiet deutlich länger als zunächst angenommen gedauert hat und erst Ende April ein entsprechender Bescheid eingegangen ist. Nachdem Fragen zu Vorbehaltsregelungen in diesem Bescheid abschließend erst mit einer Mail vom 23.05.2017 geklärt werden konnten, wird derzeit seitens der Verwaltung das nunmehr erforderliche Verfahren zur Auswahl und Beauftragung eines entsprechenden Beratungsbüros vorbereitet. Hierfür bedarf es jedoch noch einer entsprechenden Beschlussfassung durch die Amtsgremien, da diese bislang lediglich die Beantragung der Fördermittel beschlossen hatten.

Beschluss:

Der Finanz- und Bauausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss, die Verwaltung mit der Durchführung eines entsprechenden Vergabeverfahrens für die Beratungsleistungen zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie hinsichtlich des Breitbandausbaus im Amtsgebiet zu beauftragen und gleichzeitig den Amtsdirektor zu ermächtigen, nach Abschluss dieses Vergabeverfahrens dem wirtschaftlichsten Bieter den Auftrag zu erteilen.

StV.: einstimmig

Top 6 Erneuerung/Umstellung der Telefonanlage der Amtsverwaltung

Der Kämmerer des Amtes erläutert den Anwesenden unter Hinweis auf die mit der Einladung übermittelte Verwaltungsvorlage kurz, dass aufgrund der bevorstehenden Umstellung des Telefonanschlusses der Amtsverwaltung auf IP-Technologie in absehbarer Zeit ein konkreter Handlungsbedarf für die Verwaltung gegeben sein wird, im Rahmen der derzeit jedoch bereits laufenden Arbeiten zur Übergabe der IT-Technik an die Kommunit u.a. auch Vorkehrungen für einen zukünftigen Betrieb der Telefonanlage in der Infrastruktur der Kommunit geschaffen werden können. Durch die Inanspruchnahme der Kommunit auch für diesen Bereich wäre die Schaffung einer neuerlichen eigenen technischen Struktur entbehrlich.

Beschluss:

Der Finanz- und Bauausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss des Amtes Achterwehr, für den zukünftigen Betrieb der Telekommunikationsanlage der Amtsverwaltung zu beschließen, diesen spätestens ab Umstellung des derzeitigen Telefonanschlusses der Telekom auf IP-Technologie ebenfalls über die IT-Infrastruktur der Kommunit sicherzustellen. Bei technischen Erfordernissen kann diese Umstellung auch bedarfsgerecht früher erfolgen.

StV.: einstimmig

Top 7 Relaunch der Webseite des Amtes Achterwehr

Auch zu diesem Tagesordnungspunkt verweist Herr Carstensen zunächst auf die mit der Einladung verteilten Unterlagen und die Vorlage der Verwaltung.

Herr AD Brand führt ergänzend aus, dass insbesondere die Gespräche mit den Anbietern die unterschiedlichen Ansätze und Schwerpunkte gezeigt hätten und daher seitens der Verwaltung die Netzwerkstatt aufgrund der starken Einbindung in weitere zukünftige Entwicklungen auf dem Gebiet des EGovernments favorisiert wird.

Herr Sebelin merkt kritisch an, dass er sich eine deutlich umfänglichere Sitzungsvorlage unter Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Angebote, insbesondere hinsichtlich der Kosten, gewünscht hätte. Dies gilt insbesondere, da nach oberflächlicher Betrachtung der Dienstleister mit dem teuersten Angebot beauftragt werden soll.

Herr Dr. Brouer verweist in diesem Zusammenhang auf etwaige Kosten für eine entsprechende Erneuerung der gemeindlichen Webseite sowie die Einbindung örtlicher Vereine und Verbände.

Hierzu erinnert Herr AD Brand an die Beschlussfassung in der letzten Amtsausschusssitzung sowie die von den Bürgermeistern an ihn herangetragenen Bitte, dass die Möglichkeiten der Einbindung der Gemeindeseiten in den Erneuerungsprozess erfragt werden sollen. Der Kämmerer, Herr Carstensen, weist ergänzend darauf hin, dass bereits bei Erstellung der aktuellen Webstruktur seinerzeit die Annahme verfolgt wurde, auch örtliche Vereine und Verbände würden unmittelbar Bestandteile der gemeindlichen Webseiten werden wollen. Die Praxis hat dann aber zwischenzeitlich gezeigt, dass sogar gemeindliche Einrichtungen wie Feuerwehr, Schule und KiTa vielfach eigenständige Webauftritte erstellt haben. Daneben würden durch das Rats- bzw. Bürgerinformationssystem bereits große Teile der derzeit aktuellen Webinhalte auf den Gemeindeseiten über ein zentrales Element auf der Amtswebseite zusammengeführt.

Beschluss:

Der Finanz- und Bauausschuss beschließt, zu einer nächsten Sitzung Vertreter der drei Dienstleister für eine kleine Präsentation einzuladen, in der diese ihre jeweiligen Leistungsmerkmale sowie Projektkosten vorstellen können.

StV.: einstimmig

Top 8 1. Nachtragshaushalt 2017

Hierzu erteilt der Vorsitzende dem Kämmerer der Verwaltung das Wort. Dieser erläutert unter Verweis auf die mit der Einladung übersandte Änderungsübersicht die wesentlichen Änderungspositionen im aktuellen Nachtragsentwurf.

Im Wesentlichen erstrecken sich diese auf den Bereich der Sozialen Einrichtungen des Amtes, in dem die Betreuung der Flüchtlinge und Asylsuchenden nachgewiesen wird. Aufgrund von strukturellen Änderungen, aber auch zusätzlicher Mittel sind in diesem Bereich einige zusätzliche Einnahmen zu erwarten, während gleichzeitig aufgrund der erheblich gesunkenen Flüchtlingszahlen die Einnahmeerwartungen aus Vermietungen sowie aus der Aufnahme- und Integrationspauschale deutlich reduziert werden müssen.

Ferner mussten aufgrund eines seinerzeitigen Berechnungsfehlers bei den Kosten der Anmietung von Liegenschaften deutlich mehr Mittel bereitgestellt werden, was jedoch teilweise durch eine Reduzierung der Unterhaltungsmittel für die derzeit kaum genutzte Liegenschaft Jägerlust kompensiert werden kann.

Abschließend weist der Kämmerer darauf hin, dass in Ergänzung der vorliegenden Unterlage entsprechend der Beratung unter Top 4 noch weitere Mittel in Höhe von 500 Euro eingestellt werden müssten.

Insgesamt verschlechtern sich aufgrund dieses Nachtragshaushaltes sowohl Ergebnis- als auch Finanzhaushalt im Saldo um jeweils 37.600 Euro, wobei das Defizit im Bereich der Allgemeinen Verwaltung (also ohne Wasserwerk und Schmutzwasserbeseitigung als kostenrechnende Einrichtungen) bei fast 88.000 Euro liegen wird.

Beschluss:

Der Finanz- und Bauausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss des Amtes Achterwehr, den vorliegenden Entwurf eines 1. Nachtragshaushaltes für das Jahr 2017 in der vorliegenden Fassung sowie unter Berücksichtigung der genannten Änderung als Satzung zu beschließen.

StV.: einstimmig

Top 9. Bau einer zusätzlichen Schmutzwasserdruckrohrleitung von Bredenbek nach Flemhude

Der Vorsitzende, Herr Carstensen, weist die Anwesenden darauf hin, dass es auch zu diesem Tagesordnungspunkt eine Vorlage der Verwaltung gibt und erteilt dem Kämmerer das Wort.

Dieser erläutert, dass den Gremien des Amtes die Notwendigkeit der Kapazitätserweiterung in diesem Bereich bereits seit Jahren bekannt ist, nunmehr aber konkret mit der Umsetzung begonnen werden soll.

Nach aktueller Kostenschätzung ist für den Bau einer zusätzlichen neuen Druckrohrleitung auf rund 7 km Länge von einem Investitionsvolumen von rd. 1,76 Mio Euro auszugehen, was dann in der Folge auch Auswirkungen auf die aktuellen Gebührenstrukturen haben wird.

Für die nächste Gesellschafterversammlung der AEAG (geplant für den 29.06.2017) ist vorgesehen, dass der Bau dieser Druckrohrleitung in den Wirtschaftsplan 2017 aufgenommen und das erforderliche Umsetzungsverfahren eingeleitet werden soll. Aufgrund der finanziellen Größe dieser Einzelmaßnahme und insbesondere ihrer voraussichtlichen Auswirkungen auf die Abwassergebühren, welche von den Amtsgremien festgesetzt werden, ist es erforderlich, dass vor einer Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung die Gremien des Amtes hierzu ein Votum abgeben.

Herr Brouer weist ergänzend darauf hin, dass zwar die Gemeinde Bredenbek von einer Kapazitätserweiterung profitieren würde, jedoch über diese Leitung im weiteren Verlauf auch Teile der Gemeinden Krummwisch und Felde entwässert werden, welche insofern ebenfalls auf eine funktionierende Leitung angewiesen sind. In der letzten Sitzung der Gesellschafterversammlung wurde aus technischer Sicht darauf hingewiesen, dass zur Sicherstellung einer dauerhaften und ordnungsgemäßen Schmutzwasserbeseitigung der Bau einer neuen Druckrohrleitung erforderlich sei und eine Finanzierung für die Abwassergesellschaft als Solidargemeinschaft erfolgen sollte.

Herr Sebelin merkt hierzu kritisch an, dass nach dem Protokoll der Amtsausschusssitzung vom 07.06.2016 die neue Druckrohrleitung erforderlich ist, damit sich die Gemeinde Bredenbek baulich weiterentwickeln kann. Insofern ist hier schon eine besondere Vorteilslage gegeben.

Im Rahmen der weiteren Diskussion wird deutlich, dass zunächst nochmals von fachkundiger Seite im Rahmen der bevorstehenden Amtsausschusssitzung die technische Notwendigkeit der geplanten Baumaßnahme, der an die Druckrohrleitung angeschlossene Entsorgungsbereich sowie die weitere Verwendung bzw. Entwicklung der bestehenden Leitung erläutert werden sollten. Erst vor dem Hintergrund der so konkretisierten technischen Notwendigkeit erscheint dann auch eine Entscheidung über die Finanzierung der Leitung möglich.

Beschlussvorschlag:

Der Finanz- und Bauausschuss verzichtet aufgrund noch offener Fragen zur technischen Notwendigkeit der Leitung auf eine Beschlussempfehlung an den Amtsausschuss und bittet um Einladung erforderlicher Fachkundiger zur Sitzung des Amtsausschusses.

Stv.: einstimmig

Bei der Beschlussfassung sind die Vertreter der Gemeinde Melsdorf und Ottendorf in den Amtsgremien nicht stimmberechtigt.

Top 10 Entwicklung Verwaltungsgebäude/Archiv – Sachstandsbericht

Der Ausschussvorsitzende erteilt hierzu Herrn AD Brand das Wort. Dieser verweist einleitend auf die Beschlussfassungen in der Sitzung des Amtsausschusses vom 21.03.2017.

Hinsichtlich der weiteren Entwicklungen informiert er weiter darüber, dass dem Amt aus dem Kommunalen Investitionsfond (KIF) zunächst für das Jahr 2017 Darlehensmittel in Höhe von 187.500 Euro bewilligt wurden. Im Bewilligungsbescheid des Innenministeriums wurde die Maßnahmen mit „Neubau Amtsverwaltungsgebäude in Felde“ titulierte.

Ferner berichtet er von einem Gespräch mit der Fa. Drees und Sommer, die Beratungsleistungen in Zusammenhang mit der Abwicklung größerer Bauprojekte anbieten und auf die Verwaltung zugekommen sind. Im Ergebnis haben sich aus diesem Gespräch jedoch noch keine ausreichenden Vorteile für die Inanspruchnahme dieser kostenpflichtigen Dienstleistungen ergeben. Es ist jedoch beabsichtigt, in diesem Zusammenhang auch Kontakt mit der GMSH aufzunehmen, die ähnliche Dienstleistungen anbietet.

Des Weiteren berichtet Herr AD Brand, dass in der GV-Sitzung Felde am 27.04.2017 u.a. der Beschluss gefasst wurde, „ dass sich die Gemeinde Felde mit 12,5 % der jährlichen Sonderschlüsselzuweisung aus LZO Mitteln an den Finanzierungskosten eines Neubaus einer Amtsverwaltung in Felde auf der Wischkoppel beteiligt. ...“

Mit dieser Beschlussfassung ist dem Vorbehalt aus dem Amtsausschussbeschluss vom 21.03.2017 genüge getan und daher grundsätzlich das Ortszentrum der Gemeinde Felde als Standort für die Amtsverwaltung anzustreben.

Abschließend informiert er in Ergänzung seiner Ausführungen unter Top 2 „Einwohner/Innen fragen“ über einen Hinweis des Kreises RD/Eck dahingehend, dass gemäß § 1 Abs.2 Satz 2 AO SH das MIB SH nach Anhörung der beteiligten Gemeinden und des Kreises über den Sitz der Amtsverwaltung entscheidet. Vor einer Festlegung werden also alle Beteiligten noch einmal gehört.

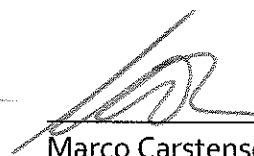
Top 11 Verschiedenes

Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor.

Der Vorsitzende, Herr Carstensen, schließt daher den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.45 Uhr.



Rolf-Dieter Carstensen
Vorsitzender



Marco Carstensen
Protokollführer